Chia-Chi Chiang (Autor)
Gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtliche Verträge zwischen der Verwaltung und Privaten

Chia-Chi Chiang

Gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtliche Verträge zwischen der Verwaltung und Privaten

Cuvillier Verlag Göttingen

https://cuvillier.de/de/shop/publications/3339

Copyright:
Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentzsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen, Germany
Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: info@cuvillier.de, Website: https://cuvillier.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 6
A. Einführung und Fragestellung 6
B. Zielsetzung und Gang der Untersuchung 8

Erst Teil

Der Meinungstand in Literatur und gerichtlicher Praxis

A. Vorbemerkungen zur Terminologie 9
B. Beispiele gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtlicher Verträge 11
I. Allgemeines 11
II. Verträge im Bereich des Baurechts 12
1. Erschließungsverträge mit Erfüllungsbürgschaft 12
2. Grundstückskauf- und Ablösungsverträge 13
3. Folgekostenverträge 15
4. Bauplanungsverträge 16
5. Einheimischenmodelle 17
6. Freiwillige Umlegung 19
7. Ansiedlungsverträge 20
III. Energiewirtschaftliche Konzessionsverträge 21
IV. Ausbildungsverträge 22
V. Verträge im Umweltschutzbereich 23
C. Die Lehre 24
I. Allgemeines zur Literatur und zum Begriff des gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtlichen Vertrages 24
1. Geschichtlicher Rückblick auf die Debatte über die gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtlichen Verträge 24
2. Uneinheitlicher Begriff des gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtlichen Vertrages im Schrifttum und das daraus entstehende Problem 28
II. Generell ablehnende Meinungen über die Existenzmöglichkeit des gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtlichen Vertrages 30
III. Anerkennende Meinungen über die gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtlichen Verträge: Begriffsbestimmung und rechtliche Beurteilung, dargestellt nach Fallgruppe 32
1. Fallgruppe 1: Verträge mit öffentlich-rechtlicher Leistung und privatrechtlicher Gegenleistung 32

2. Fallgruppe 2: Verträge mit verschmolzenen Typen 37
3. Fallgruppe 3: Verträge mit voneinander abhängigen Gegenstände 40
4. Fallgruppe 4: Verträge mit zusammengesetzten Vertragsteilen 44
IV. Alternativlösungen 45
1. Die Verdrängung des privatrechtlichen Vertrages der Verwaltung durch den verwaltungsrechtlichen Vertrag 46
2. Einheitliche rechtliche Behandlung sämtlicher von der Verwaltung abgeschlossener Verträge 47
V. Zusammengesetzter Vertrag 48
D. Die Rechtsprechung 50
I. Zivilgerichtsbarkeit 50
II. Verwaltungsgerichtsbarkeit 54
E. Resümee 56

Zweiter Teil

Der Begriff und die Rechtsnatur des gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtlichen Vertrages

A. Abgrenzung des öffentlich-rechtlichen Vertrages vom privatrechtlichen Vertrag 58
I. Notwendigkeit und Bedeutung der Abgrenzung 58
II. Die Gegenstandstheorie als ganz herrschende Meinung 60
III. Bestimmung des Vertragsgegnstandes 65
IV. Die rechtliche Einordnungsschwierigkeit von Verträgen in Zweifelsfällen 68
V. Stellungnahme zur Alternativlösung 69
B. Zur Existenzmöglichkeit des gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtlichen Vertrages 71
I. Allgemeines 71
II. Gründe und Motivation für den Vertragsschluß 72
III. Bedebken gegen das gemischte Vertragsgefüge 75
IV. Stellungnahme 76
C. Begriff des gemischten Vertrages 77
I. Begriffsbestimmungen nach Fallgruppen 77
1. Fallgruppen 77
2. Fallgruppen 79
3. Fallgruppen 81
4. Fallgruppen 83
5. Fallgruppen 85
II. Die Begriffsmerkmale des gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtlichen Vertrages 85
1. Das Zusammentreffen öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Vertragsteile 85
a) Das Prinzip 85

b) Begriffliche Abgrenzung 86
(1)Zum öffentlich-rechtlichen Vertrag 86
(2)Zum privatrechtlichen Vertrag 86
2. Selbständigkeit einzelner Vertragsteile 87
a) Das Prinzip 87
b) Begriffliche Abgrenzung 87
3. Enger Sachzusammenhang der Vertragsteile 88
a) Das Prinzip 88
b) Begriffliche Abgrenzung 88
4. Bildung einer rechtlichen Einheit 88
a) Das Prinzip 88
b) Begriffliche Abgrenzung zum zusammengesetzten Vertrag 89
III.Definitionsversuch 89
D. Die Rechtsnatur des gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtlichen Vertrages 89
I. Die Trennung öffentlich-rechtlicher Vertragsteile von privatrechtlichen Vertragsteile 89
II. Das Nebeneinander öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Vertragsteile innerhalb eines Gesamtvertrages 90
III.Die rechtliche Qualifikation des Gesamtvertrages 91

Dritter Teil

Die Zulässigkeitsgrenzen des gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtlichen Vertrages

A. Zulässigkeit des gemischten Vertrages als Handlungsform der Vertwaltung 93
I. Vertragsformverbot im Allgemein 93
II. Die grundsätzliche Zulässigkeit der Vertragsform 95
B. Die formelle Zulässigkeit des gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtlichen Vertrages 95
I. Zuständigkeit 95
II. Schriftform 97
III.Zustimmung von Dritten und Behörde 98
C. Die materielle Zulässigkeit des gemischt öffentlich-rechtlich-privatrechtlichen Vertrages 99
I. Vorrang des Gesetzes 99
II. Abschluß- und Gestaltungsfreiheit 102
III.Das Kopplungsverbot gem. § 56 VwVfG 104
1. Die Zielsetzung der Kontrollmaßstäbe des § 56 VwVfG 104
2. Der Anwendungsbereich des § 56 VwVfG 105
3. Konkretisierung der Kontrollmaßstäbe des § 56 VwVfG 106
a) Sachliche Zusammenhang von Leistung und Gegenleistung 106
b) Konkrete Zweckbestimmung 107

c) Erfüllung öffentlicher Aufgaben 108
d) Angemessenheitsgebot 108
IV. Mißbrauchsschranken der vertraglichen Pflichtübernahme 112
1. Die Freiwilligkeit als Voraussetzung der Pflichtübernahme 112
2. Kopplungs- und Übermaßverbot als Grenze 113
D. Inhaltliche Grenze: Die Trennbarkeit der öffentlich-rechtlichen Vertragsteile von der privatrechtlichen Vertragsteilen als Grenze der Vertragsgestaltung 113

Vierter Teil

Die Rechtsfolgen der Fehlerhaftigkeit des gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtlichen Vertrage

A. Das Regelungssystem des § 59 VwVfG 116
B. Besondere Nichtigkeitsgründe beim subordinationsrechtlichen Vertrag 117
I. Nichtigkeit eines Verwaltungsakts mit entsprechendem Inhalt 117
II. Kenntnis der Rechtswidrigkeit bei den Vertragsschließenden 117
III. Fehlende Voraussetzung beim Vergleichsvertrag 118
IV. Unzulässige Gegenleistung beim Austauschvertrag 118
C. Allgemeine Nichtigkeitsgründe 118
I. Verstoß gegen ein Vertragsformverbot 118
II. Verstoß gegen §§ 105, 116-118 und 125 BGB 119
III. Nichtigkeitsgründe aus Gründen des Vertragsinhalts bzw. –zwecks 119
1. Verstöße gegen gesetzliche Verbote (§ 134 BGB) 119
a) Anwendbarkeit des § 134 BGB auf den gemischten Vertrag 119
b) Begriff der gesetzlichen Vebote 120
2. Sittenwidriger Vertrag 120
3. Objektive ursprünglicher Unmöglichkeit 121
D. Die Auswirkung der Teilnichtigkeit auf den Gesamtvertrag 121
I. Regelung des § 59 III VwVfG bzw. § 139 BGB 121
II. Voraussetzungen der Anwendbarkeit 123
1. Einheitlichkeit des Vertrages 123
2. Teilbarkeit des Vertrages 124
III. Gesamt- oder Teilnichtigkeit 124
1. Parteiwillen 124
2. salvatorische Klausel 125
E. Vermeidung der Nichtigkeit 125
I. Auslegung 125
II. Umdeutung 126
III. Das Bestehen eines wirksamen Verwaltungsaktes im Rahemen eines Vertrages 126
F. Die Rechtsfolgen der Nichtigkeit 127

I. Nichteintritt der intendierten Rechtsfolgen 127
II. Verpflichtung zur Rückabwicklung 127
III. Verpflichtung zum Schadensersatz 128

Fünfter Teil

Der Rechtsweg für Klagen aus gemischt öffentlich-rechtlich/privatrechtlichen Verträgen

A. Allgemeines 129
B. Wenn der einzelne Vertragsbrstandteil im Streit 130
I. Der Rechtsckarakter des streitigen Teils entscheidet für die Rechtswegszuständigkeit 130
II. Entscheidungskompetenz kraft Sachzusammenhang 131
C. Wenn der ganze gemischte Vertrag im Streit 132
I. Der Grundsatz des Schwergewicht 132
II. Wahlrecht des Klägers 133

Abschließende These 135

Literaturverzeichnis 137